Offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Bundesregierung und die politisch Verantwortlichen in Niedersachsen und in den Kommunen entlang der Trasse

Autobahnen auf Pump – Natur auf der Strecke – Zukunft verspielt?

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,
sehr geehrte politisch Verantwortliche,

es ist an der Zeit, grundsätzliche Fragen zur deutschen Verkehrspolitik zu stellen. Fragen, die weit über den Bau einzelner Straßen hinausgehen. Es geht um den verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern, um den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und vor allem um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Die geplante Neuordnung der Autobahnfinanzierung und der weiterhin vorangetriebene Neubau der A 39 stehen beispielhaft für eine Verkehrspolitik, die sich zunehmend von den eigentlichen Herausforderungen unserer Zeit entfernt.

Wie kann es sein, dass unser Land über fehlende finanzielle Mittel für Schulen, Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit und den Klimaschutz klagt, gleichzeitig aber neue Wege sucht, um milliarden–schwere Autobahnprojekte über zusätzliche Kredite und ausgelagerte Finanzierungsmodelle zu ermöglichen?

1. Schulden verschwinden nicht dadurch, dass man sie auslagert

Mit der geplanten Kreditfähigkeit der Autobahn GmbH ab 2027 wird eine neue Form der Staatsverschuldung geschaffen. Was im Bundeshaushalt möglicherweise nicht mehr finanzierbar ist, soll künftig über eine Gesellschaft abgewickelt werden, die eigene Kredite aufnehmen darf.

Das ist keine solide Finanzpolitik. Es ist eine Verschiebung von Schulden aus dem sichtbaren Bundeshaushalt in eine ausgelagerte Institution. **Selbst der Bundesrechnungshof hat Anfang November 2026 diese Vorgehensweise im Falle der Autobahn GmbH kritisiert.**

Besonders kritisch ist dabei die mögliche Einbindung privater Investoren und öffentlich-privater Partnerschaften. **Wer trägt die Risiken, wer erhält die Gewinne und wer haftet am Ende, wenn die Rechnung nicht aufgeht?**

2. Die A 39: Ein Autobahnprojekt ohne überzeugende Zukunftsperspektive?

Besonders deutlich werden die Fehlentwicklungen am Beispiel der geplanten A 39 zwischen Wolfsburg und Lüneburg. Ein über 100 Kilometer langes Autobahnprojekt wird politisch häufig als notwendiger Lückenschluss dargestellt. Tatsächlich handelt es sich um einen umfangreichen Autobahnneubau mit erheblichen Eingriffen in Natur und Landschaft.

Der Abschnitt 7 zwischen Wolfsburg und Ehra verdeutlicht die Dimensionen dieser Planung.

Zahlreiche geschützte Lebensräume werden beeinträchtigt. Das Vogelmoor, wertvolle Eichenwälder, artenreiche Wiesen und wichtige Wasserhaushalte geraten unter Druck. Besonders problematisch sind die Auswirkungen auf die Wiedervernässung des Moores, die Grundwasserqualität und die Lebensräume streng geschützter Arten. Die Landschaft wird zerschnitten. Lebensräume gehen verloren. Für die Tierwelt müssen aufwendige Ausgleichsmaßnahmen, Grünbrücken und Wilddurchlässe geschaffen werden.

Wir erleben eine dramatische Krise der Artenvielfalt. Ist es wirklich verantwortbar, solche Eingriffe in Kauf zu nehmen, während wir gleichzeitig Milliarden in den Schutz der Biodiversität investieren müssen?

3. Wo bleibt der tatsächliche wirtschaftliche Nutzen?

Den Befürwortern der A 39 zufolge soll die Autobahn einen erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung für die Region bringen. **Doch wo sind die belastbaren Nachweise dafür?**

Eine bessere Verkehrsanbindung allein garantiert noch keine wirtschaftliche Entwicklung. Neue Autobahnen können sogar dazu führen, dass Unternehmen aus wirtschaftlich stärkeren Ballungsräumen verstärkt in Konkurrenz zu regionalen Betrieben treten.

Auch die versprochene Verkehrsentlastung verdient eine kritische Betrachtung. Nach den Berechnungen der Autobahn GmbH soll sich das Verkehrsaufkommen in Jembke von rund 15.000 auf etwa 6.700 Fahrzeuge täglich reduzieren. Das ist zwar eine Verringerung, aber keineswegs eine Halbierung der Lärmbelastung.

Hinzu kommt der sogenannte induzierte Verkehr: Neue Straßen schaffen zusätzliche Anreize für längere und häufigere Fahrten. Ein Teil der vermeintlichen Entlastung wird dadurch wieder zunichtegemacht. Es ist deshalb nicht ausreichend, mit abstrakten Zeitgewinnen und rechnerischen Nutzenbewertungen zu argumentieren.

Wir brauchen eine ehrliche Bilanz darüber, welchen tatsächlichen Nutzen ein solches Projekt für die Menschen vor Ort hat – und welche Kosten und Schäden ihm gegenüberstehen.

4. Unsere Kinder brauchen Schulen, keine Schuldenberge

Während für Autobahnen immer neue Finanzierungsmodelle entwickelt werden, bleiben grundlegende gesellschaftliche Aufgaben auf der Strecke.

Unsere Schulen sind vielerorts in einem Zustand, der einem wirtschaftlich starken Land nicht gerecht wird. Es fehlt an Investitionen, an Personal und an zeitgemäßer Ausstattung. Zahlreiche junge Menschen verlassen die Schule ohne ausreichenden Abschluss. Die Bildungsleistungen unseres Landes, dokumentiert durch die Pisa-Studie, geben Anlass zur Sorge. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten, soziale Einrichtungen kämpfen um ihre Finanzierung und die Gesundheitsversorgung steht unter erheblichem Druck. Die Mittel im familiären Bereich der Pflegehilfe werden gekürzt.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Autobahnen sind es nicht automatisch. Wir sollten deshalb endlich den Mut aufbringen, öffentliche Mittel nach ihrem langfristigen gesellschaftlichen Nutzen zu verteilen.

5. Es gibt Alternativen – man muss sie nur ernst nehmen

Die Kritik am Neubau der A 39 bedeutet keineswegs, dass die bestehenden Verkehrsprobleme ignoriert werden sollen.

Der BUND und die Bürgerinitiative Keine A 39 haben mit dem Ausbau der B 4 nach dem 2+1-Prinzip eine konkrete Alternative vorgeschlagen. Dieses Konzept könnte mit etwa einem Viertel der Kosten eines Autobahnneubaus umgesetzt werden. Es bietet die Möglichkeit, bestehende Verkehrswege sinnvoll auszubauen, Ortsumfahrungen zu schaffen und die Bevölkerung zu entlasten, ohne neue Landschaftsräume in vergleichbarem Umfang zu zerschneiden. Der verkehrliche Nutzen von einzelnen Bauabschnitten entsteht unmittelbar.

6. Die Politik muss ihre Prioritäten überdenken

Ein Bündnis aus mehr als 130 Bürgerinitiativen fordert seit Langem eine grundlegende Überprüfung der Bundesverkehrswegeplanung. **Wir brauchen ein Gesamtkonzept**, das Straße, Schiene und andere Mobilitätsformen sinnvoll miteinander verbindet.

Die Forderungen sind nachvollziehbar:

- Aussetzung des Neu- und Ausbaus von Autobahnen und Bundesstraßen bis zu einer fundierten Überprüfung des tatsächlichen Bedarfs.
- Vorrang für die Erhaltung und Sanierung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur.
- Eine konsequente Ausrichtung der Verkehrsplanung an Klima- und Artenschutz.
- Transparente Finanzierung und demokratische Kontrolle aller Infrastrukturinvestitionen.
- Frühzeitige und ernst gemeinte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.
- Stärkere Investitionen in Bildung, soziale Infrastruktur und den öffentlichen Verkehr.

7. Unsere Verantwortung endet nicht an der nächsten Wahl

Sehr geehrte Damen und Herren,

Politik wird nicht nur daran gemessen, was sie heute verspricht, **sondern auch daran, welche Folgen ihre Entscheidungen morgen haben.** Eine Autobahn kann gebaut werden. Ein zerstörter Naturraum lässt sich hingegen nicht ohne Weiteres wiederherstellen. Schulden können über Jahrzehnte weitergegeben werden. Verlorene Bildungs- und Entwicklungschancen lassen sich nicht einfach nachholen.

Die geplante neue Autobahnfinanzierung und der Ausbau der A 39 werfen deshalb eine grundsätzliche Frage auf: **Dient unsere Verkehrspolitik noch dem Gemeinwohl oder zunehmend den Interessen einer Infrastruktur- und Straßenbaulobby?**

Wir fordern Sie deshalb auf: Stoppen Sie die einseitige Fixierung auf den Autobahnneubau. Überprüfen Sie die A 39 ergebnisoffen und berücksichtigen Sie endlich die vorhandenen Alternativen. Sorgen Sie für eine transparente und verantwortungsvolle Finanzierung öffentlicher Infrastruktur.

Wir wollen eine Politik, die Verantwortung übernimmt – nicht nur für die nächste Legislaturperiode, sondern für die nächsten Generationen.

Mit freundlichen Grüßen

BUND Kreisgruppe Gifhorn
Bürgerinitiative Keine A 39

Für die BUND Kreisgruppe Gifhorn
Manfred Michel
1. Vorsitzender
V.i.S.d.P.
Manfred Michel
Denkmalstraße 10
38518 Gifhorn
05371 71078
0175 1972346
www.bund-gifhorn.de

Für die Bürgerinitiative Keine A 39
Annette Niemann
Sprecherin